

Je länger die geflüchteten Ukrainer in der Schweiz sind, desto mehr sinkt ihre Bereitschaft zur Rückkehr

Noch nie hat die Schweiz innert so kurzer Zeit so viele Menschen aufgenommen wie während des Ukraine-Krieges.

Irène Troxler, Daniel Gerny

24.02.2023, 05.30 Uhr



Auf dem Crypto-Gelände in Steinhausen haben Freiwillige einen Laden eingerichtet, «Free Shop Ukraine», wo Ukrainer Kleidung und Hygieneartikel gratis beziehen können.

Matthias Jurt / LZM

Inhaltsverzeichnis

1. Schutzstatus S – die Hoffnung auf eine rasche Rückkehr erweist sich als unrealistisch



2. Unterkunft für Kriegsflüchtlinge: Auch ein Jahr nach Ausbruch des Krieges geht es nicht ohne privates Engagement ↓
 3. Die Integration von Kindern klappt gut, für Jugendliche fehlen Berufsperspektiven ↓
 4. Mit der Integration in den Arbeitsmarkt geht es nicht so schnell wie erhofft – obwohl Arbeitskräfte fehlen ↓
 5. Viel Geld für Sozialhilfe und ein Beitrag an den Spracherwerb ↓
-

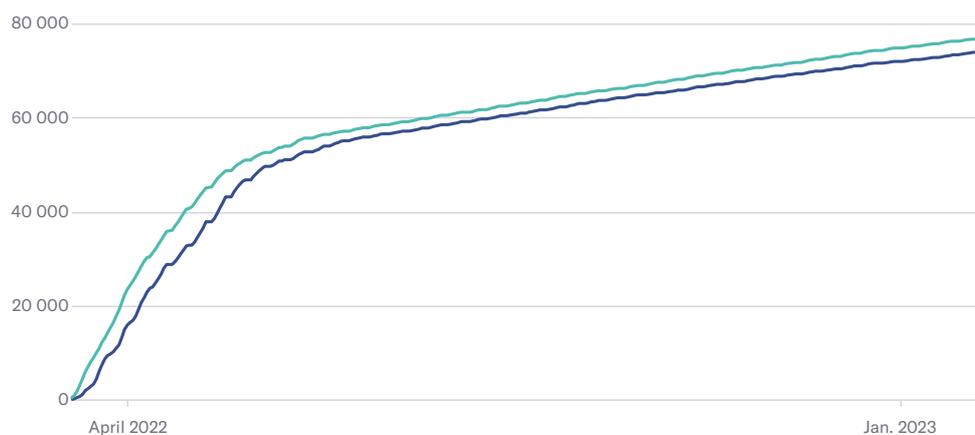
1. Schutzstatus S – die Hoffnung auf eine rasche Rückkehr erweist sich als unrealistisch ↑

Der russische Angriff auf die Ukraine löste vor einem Jahr innert Tagen eine Fluchtbewegung aus, wie sie Europa seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr gesehen hatte. Eine Woche nach Kriegsbeginn war rund eine Million Ukrainerinnen und Ukrainer auf der Flucht. Weil das Schweizer Asylsystem nicht auf eine solche Massenflucht ausgerichtet ist, aktivierte der Bundesrat kurze Zeit später den Schutzstatus S: Ukraine-Flüchtlinge erhielten damit auch ohne Asylverfahren und unbürokratisch ein Aufenthaltsrecht und Unterstützung in der Schweiz. Innert einer Woche lagen bereits 3000 Gesuche vor.

Bald 80 000 Menschen aus der Ukraine haben Schutz erhalten

Zahl der Flüchtlinge aus der Ukraine, denen der Schutzstatus S gewährt wurde

— Gewährte Gesuche — Gestellte Gesuche



Quelle: [Staatssekretariat für Migration](#)

NZZ / dgy.

Der Schutzstatus S ist auf die Rückkehr der Flüchtenden ausgerichtet: Sobald der Krieg zu Ende ist, müssen sie nach Hause. Aus diesem Grund sind für diesen Status grundsätzlich keine Integrationsleistungen vorgesehen. Inzwischen deutet allerdings nichts auf ein Kriegsende hin, eine schnelle Rückkehr in die Ukraine erscheint illusorisch. Die Zahl der Schutzsuchenden bleibt hoch: Über 8 Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer sind europaweit als Flüchtlinge registriert, gegen 5 Millionen stehen unter temporärem Schutz. In der Schweiz haben bis Ende Januar über 75 000 Ukrainerinnen und Ukrainer den Schutzstatus S erhalten, und noch immer kommen neue.

Andererseits sinkt die Bereitschaft zur Rückkehr mit zunehmender Aufenthaltsdauer und Integration. Im letzten Jahr haben nur rund 6000 Personen auf ihren Schutzstatus verzichtet und die Schweiz selbständig verlassen. Wie viele

Ukrainerinnen und Ukrainer noch gehen werden, lässt sich kaum vorhersehen. In einer repräsentativen Umfrage unter Ukraine-Schutzsuchenden in Deutschland äusserte nur ein knappes Drittel klare Rückkehrabsichten. In der Schweiz wird die Lage ähnlich sein.

Fachleute machten darauf aufmerksam, dass zwischen Rückkehrorientierung und Integrationszielen kein Widerspruch bestehen muss. Sie argumentieren: Integration bedeute in jedem Fall eine Steigerung des Bildungsgrades, was die Mobilität erhöhe – und später eine Rückkehr aus einer Position der Stärke erlaube. Ein Jahr nach Kriegsbeginn gehört deshalb die Wechselwirkung zwischen Rückkehrorientierung und Integration zu den drängendsten Fragen, wie es in einem Evaluationsbericht des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes heisst.

Dass ein vollständiger Verzicht auf Integrationsmassnahmen nicht sinnvoll ist, hat der Bundesrat schon früh realisiert. Bereits zu Beginn hat er pro geflüchteter Person einen Beitrag von 3000 Franken für den Spracherwerb beschlossen. Auch andere Massnahmen, wie die sofortige Zulassung von Ukrainerinnen und Ukrainern zum Arbeitsmarkt, verfolgten integrative Ziele. Inzwischen hat der Bundesrat eine weitere Integrationspauschale von 3000 Franken beschlossen. Angesichts des unabsehbaren Endes des Krieges stellt sich die Frage ein Jahr nach dem russischen Angriff erneut: Wie viel Integration ist sinnvoll und nötig, um die Lage für alle Beteiligten zu verbessern? Je länger der Krieg andauert, desto stärker rückt dieses Thema in den Vordergrund.

2. Unterkunft für Kriegsflüchtlinge: Auch ein Jahr nach Ausbruch des Krieges geht es nicht ohne privates Engagement



Der Kanton erstellt auf dem Viererfeld in Bern ein Containerdorf für bis zu 1000 ukrainische Flüchtlinge.

Peter Klaunzer / Keystone

Pro Jahr werden in der Schweiz rund 50 000 neue Wohnungen erstellt, wobei in jedem Appartement im Schnitt 2,2 Personen leben. Das sind Zahlen des Bundesamtes für Statistik – und sie veranschaulichen, was die Flucht der Ukraine-Schutzsuchenden für die Schweiz bedeutete: Theoretisch wurde der Neubestand eines ganzen Jahres zu drei Vierteln einzig für die Unterbringung der Ukraine-Flüchtlinge benötigt – und dies innert kürzester Zeit bei tiefem Leerwohnungsbestand. Zeitweise stellten im Frühling pro Tag 1500 Personen ein Gesuch um Schutzstatus S.

Heute steht fest: Ohne die gewaltige Solidarität der Schweizer Bevölkerung wäre dieser Ansturm nie zu bewältigen gewesen. Zwar wurden Kollektivunterkünfte in Betrieb genommen oder

Containersiedlungen gebaut. Doch die tragende Säule blieben die Gastfamilien. Innerhalb weniger Tage meldeten sich bei der Kampagnenorganisation Campax 3000 Familien, die bereit waren, Flüchtlinge aus der Ukraine bei sich zu Hause aufzunehmen. Alles ging extrem schnell. Oft konnten die Menschen nicht einmal zu ihren Gastfamilien begleitet werden. Viele Schutzsuchende sind an den Kantonen und Gemeinden vorbei direkt zu Gastfamilien gekommen, zum Beispiel mithilfe von Facebook-Gruppen und privaten Organisationen. Insbesondere die Schweizerische Flüchtlingshilfe nahm im Auftrag des Bundes eine zentrale Rolle ein.

Trotz der grossen Hilfsbereitschaft waren die Gastfamilien oft überfordert. Sie hatten nicht damit gerechnet, wie stark die Ukrainerinnen und Ukrainer auf Unterstützung angewiesen sind, beispielsweise bei Behördengängen, in Schulfragen oder beim Abschluss von Handy-Abos. Viele Flüchtende konnten kein Englisch, was die Verständnisprobleme vergrösserte. Rasch zeigten sich auch Probleme des Zusammenlebens unterschiedlicher Kulturen auf engem Raum. «Die grosse Zahl der privaten Unterkünfte ist keine dauerhafte Lösung. Irgendwann wollen die Schutzsuchenden eigene Wohnungen, und die Gastfamilien möchten ihre Privatsphäre zurück», erklärte der St. Galler Regierungsrat Fredy Fässler Mitte Jahr gegenüber der NZZ.

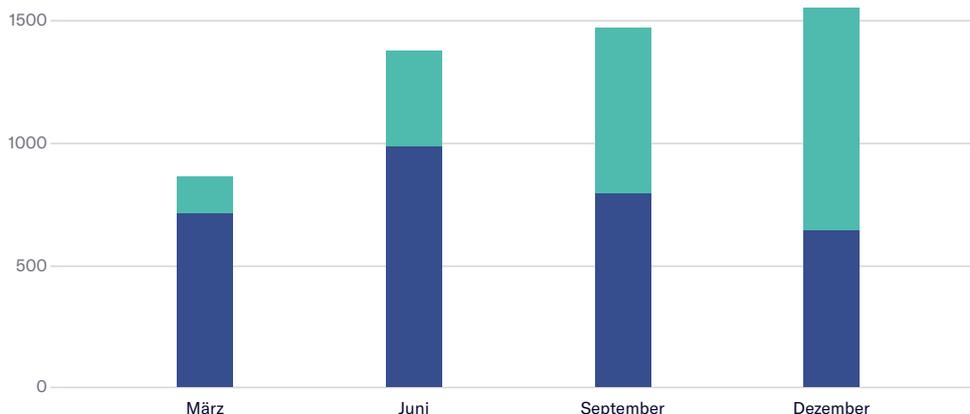
Heute lebt noch immer rund ein Drittel der Schutzsuchenden privat bei Gastfamilien. Die Flüchtlingshilfe bezifferte den Anteil kurz vor Weihnachten auf 35 Prozent. Weil die Kantone zuständig sind, verfügt das Staatssekretariat für Migration (SEM) über keine schweizweite Statistik. Doch die Zahlen der einzelnen Kantone sind aussagekräftig. Im Kanton Bern, wo

heute rund 7500 Ukrainerinnen und Ukrainer leben, wohnen noch 26 Prozent bei Gastfamilien. Die meisten Schutzsuchenden haben inzwischen eine eigene Wohnung gefunden. «Da der Anteil der Gastfamilien zuvor bei 75 Prozent lag, ist davon auszugehen, dass viele Personen mit Unterstützung der Gastfamilie eine eigene Wohnung finden konnten», erklärt Gundekar Giebel von der Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion auf Anfrage. 12 Prozent leben in einer Kollektivunterkunft.

Noch immer sind viele Ukrainerinnen und Ukrainer bei Gastfamilien untergebracht

Personen mit Status S in gemischten und reinen S-Privathaushalten im Kanton Basel-Stadt

● Gastfamilien ● Private Wohnungen



Statistisches Amt Basel-Stadt

NZZ / dgy.

Im Kanton Basel-Stadt wohnen immerhin noch 9 Prozent in Kollektivunterkünften. Der Anteil der Ukrainerinnen und Ukrainer, die bei Gastfamilien leben, hat über die Monate abgenommen, doch er ist noch immer hoch. Während im letzten März 82 Prozent der ausserhalb von Kollektivunterkünften lebenden Personen bei Gastfamilien

untergebracht waren, sank dieser Anteil bis Ende Jahr auf rund 40 Prozent.

Alles deutet darauf hin, dass sich dies nicht sehr schnell ändert. Mehr noch: Es kommen auch ein Jahr nach Kriegsbeginn neue Schutzsuchende. Aus Sicht des SEM ist die Lage deshalb noch immer angespannt, auch weil viele Asylsuchende aus anderen Ländern in die Schweiz kommen. Die Herausforderung bestehe darin, dass man nicht vorhersagen könne, wie sich dieser Krieg und die Fluchtbewegungen entwickelten, erklärt ein Mediensprecher. «Aber wir können nicht erst mit der Suche nach Unterbringungsplätzen beginnen, wenn die Schutz- und Asylsuchenden vor unseren Türen stehen.»

3. Die Integration von Kindern klappt gut, für Jugendliche fehlen Berufsperspektiven



Auch im Pestalozzi-Kinderdorf in Trogen werden ukrainische Flüchtlinge untergebracht.

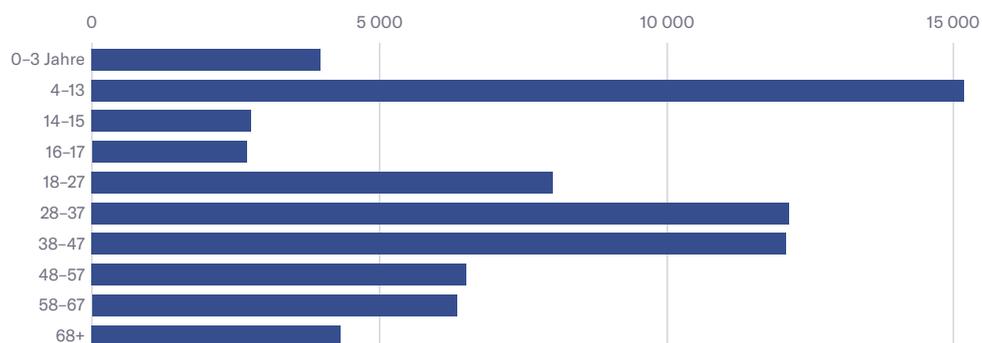
Christoph Ruckstuhl / NZZ

Aus der Ukraine geflüchtet sind vor allem Frauen und Kinder. Entsprechend mussten die Schweizer Schulen in einem riesigen Effort Tausende Kinder einschulen. Vielerorts gelinge die Integration in die Klassen sehr gut, sagt Stephan Huber, Forschungsleiter an der Pädagogischen Hochschule Zug. Manche Schulen priorisierten allerdings die Sprachförderung und nahmen die Schülerinnen und Schüler vorläufig nicht in die Regelklassen auf.

Im Rahmen des sogenannten Schulbarometers hat Huber Lehrkräfte, Schulleitungen und Geflüchtete zu ihren Erfahrungen befragt. «Ein Grossteil der ukrainischen Kinder leidet unter einer Mehrfachbelastung», sagt er. Weil sie gewissermassen auf gepackten Koffern sässen, müssten sie nicht nur den Schweizer Schulunterricht besuchen, sondern auch ukrainische Online-Kurse verfolgen. Täten sie dies nicht, sei ein späterer regulärer Schulabschluss in ihrem Heimatland nicht mehr möglich. Zu den doppelten Schulpensen kämen doppelte Hausaufgaben und obendrauf noch die psychische Belastung der Flucht und die Angst um zurückgebliebene Familienangehörige.

Viele ukrainische Flüchtlinge sind im Schulalter

Zahl der Ukraine-Flüchtlinge in der Schweiz nach Altersgruppe



Ältere Kinder und Jugendliche stehen vor der nächsten Herausforderung: Der Übergang ins Schweizer Berufsbildungssystem ist nicht leicht. Einerseits verlangen Lehrmeister in der Regel gute Kenntnisse der Landessprache. Andererseits beobachten kantonale Bildungsdirektionen, dass der rückkehrorientierte Status S viele Arbeitgeber abschreckt. Wer im ersten Lehrjahr viel in die Ausbildung investiert, zögert oft, jemandem eine Lehrstelle zu geben, der möglicherweise nach Kriegsende zurückgeschickt wird.

Einige Kantone fordern vom Bund nun, klare Verhältnisse zu schaffen. Das würde wohl bedeuten, dass Jugendliche in Ausbildung bis zum Berufsabschluss in der Schweiz bleiben könnten – unabhängig vom Kriegsverlauf. Ein Schweizer Berufsabschluss sei sowohl im Hinblick auf eine Rückkehr als auch für den allfälligen Verbleib in der Schweiz sinnvoll, argumentieren Vertreter der Kantone.

Gemäss dem Staatssekretariat für Migration befinden sich derzeit rund 3000 ukrainische Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren in der Schweiz. Davon besuchen 1700 ein Brückenangebot, 20 die berufliche Grundbildung (etwa eine Lehre), 10 eine Integrationsvorlehre und 300 ein Gymnasium. 200 haben eine Arbeitsstelle gefunden.

4. Mit der Integration in den Arbeitsmarkt geht es nicht so schnell wie erhofft – obwohl Arbeitskräfte fehlen

↑



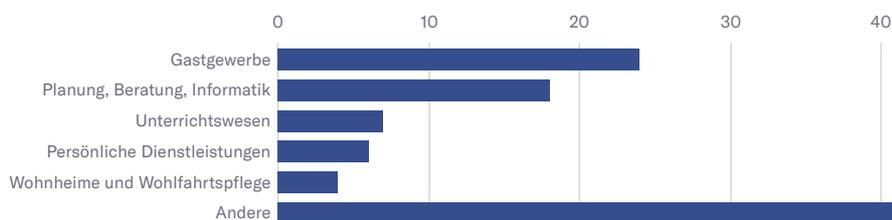
Flüchtlinge aus der Ukraine im Bundesasylzentrum in Chiasso.

Pablo Gianinazzi / Keystone

In der Schweiz herrscht derzeit ein ausgeprägter Arbeitskräftemangel, und die meisten Ukrainerinnen und Ukrainer sind besser ausgebildet als andere Flüchtlinge. Da man mit dem Status S sofort eine Arbeit suchen kann, waren anfänglich die Hoffnungen gross, dass die Ukrainerinnen und Ukrainer rasch vom Schweizer Arbeitsmarkt aufgenommen würden. Sie erfüllten sich nicht: Nur gerade 14,6 Prozent der Geflüchteten im erwerbsfähigen Alter haben bis zum 31. Januar eine Arbeit gefunden. Dies, obwohl 36 Prozent der Personen aus der Ukraine im Herbst in einer Befragung angaben, auf Stellensuche zu sein. Von denjenigen, die in der Schweiz berufstätig sind, arbeiten die meisten im Gastgewerbe.

Viele Flüchtlinge arbeiten im Gastgewerbe

Wichtigste Branchen, in denen die Personen mit Schutzstatus S arbeiten, in Prozent



Quelle: [SEM](#)

NZZ / tox.

Mangelnde Sprachkenntnisse werden vom Arbeitgeberverband und von kantonalen Integrationsstellen als Hauptgrund für die langsame Arbeitsintegration genannt. Ein Grossteil der freien Stellen wird von KMU angeboten, und dort geht es in der Regel nicht ohne Sprachkenntnisse. Jobs, in denen Englischkenntnisse genügen, findet man nur in den grossen Städten. Zudem sind gute Qualifikationen im Sinne von Hochschulabschlüssen nicht alles. Viele Arbeitgeber achten ebenso auf Arbeitserfahrung, und hier spielen auch Kenntnisse der hiesigen Normen und Rechtsvorgaben eine Rolle.

Vonseiten ukrainischer Organisationen wird noch eine andere Hürde genannt: Der Schweizer Föderalismus mache es den Flüchtlingen schwer, zu verstehen, was am Ende des Monats vom Lohn übrig bleibe, weil vieles auf Kantons- oder Gemeindeebene geregelt sei. Oft bleibe nach dem Abzug von Krankenkassenprämien, Wohnkosten, Steuern und Lohnnebenkosten nicht mehr Geld übrig, als wenn man sich mit der Sozialhilfe begnüge. Muss jemand noch Kinderbetreuungskosten schultern, geht die Rechnung erst recht nicht mehr auf. Zumindest im Tieflohnsektor gibt es somit wenig Anreize, überhaupt arbeiten zu gehen.

5. Viel Geld für Sozialhilfe und ein Beitrag an den Spracherwerb



Neben der Schweizer Flagge flattert jetzt auch eine ukrainische.

Sandra Ardizzone / AZM

Wie viel die Schweiz für die ukrainischen Flüchtlinge ausgegeben hat, lässt sich pauschal nicht beantworten. Bekannt sind bis jetzt erst die Zahlen des Bundes: Im Jahr 2022 sei es fast eine Milliarde Franken gewesen, schreibt das Staatssekretariat für Migration. Die Kosten der Kantone werden erst im Herbst 2023 zusammengetragen sein.

Grundsätzlich ist die Sozialhilfe für Personen mit Schutzstatus S tiefer als für die einheimische Bevölkerung. Wie viel Geld eine Person oder eine Familie aber konkret erhält, variiert von Kanton zu Kanton. Bei Personen in Kollektivunterkünften reicht das Spektrum von 6 Franken pro Tag und erwachsener Person bis zu 15 Franken. Wer individuell untergebracht ist, erhält zwischen 9 Franken 70

und 26 Franken 80. Allerdings erbringen Kantone, die wenig Geld ausbezahlen, in der Regel zusätzliche Leistungen.

Manchmal werden Bildungskosten übernommen, Vereinsbeiträge oder ÖV-Kosten, oder es werden Motivationspauschalen beim Besuch von Beschäftigungsprogrammen ausgerichtet. Alle Kantone kommen zudem für die psychosoziale Betreuung der Geflüchteten auf. Für ihre soziale und berufliche Integration bezahlt der Bund pro Person und Monat 250 Franken. Damit soll vor allem der Spracherwerb gefördert werden. Manche Kantone oder Gemeinden legen da noch etwas drauf.

Für das Jahr 2023 hat der Bund rund 2,1 Milliarden Franken budgetiert, davon 1,7 für Sozialhilfe und 300 000 Franken für Sprachkurse und andere Unterstützungsmassnahmen.

Passend zum Artikel



Ukrainerinnen wären qualifiziert und arbeitswillig

23.01.2023



Ukrainische Mutter darf nach Flucht in die Schweiz beim Cousin wohnen – syrisches Kriegsopfer nicht: Flüchtlingswelle legt Schwächen des Asylrechts offen

05.04.2022



Ukrainische Flüchtlinge haben in der Schweiz Mühe, einen Job zu finden

13.02.2023

